

# JAHRESBERICHT 2007



<b>Das Wirtschaftsjahr 2007</b>	<b>4</b>
<b>Vernehmlassungen und Abstimmungen</b>	<b>8</b>
<b>Energiepolitisches Manifest der Dach- organisationen der Wirtschaft Graubünden</b>	<b>13</b>
<b>Chur braucht Frequenzen</b>	<b>14</b>
<b>Verbandsaktivitäten</b>	<b>15</b>
<b>Bericht der AHV-Ausgleichskasse für Gewerbe, Handel und Industrie in Graubünden/Glarus</b>	<b>18</b>
<b>Jahresrechnung 2007</b>	<b>20</b>
<b>Revisorenbericht 2007</b>	<b>22</b>
<b>Verbandsorganisation 2007</b>	<b>23</b>

# DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2007



fall auf dem Immobilienmarkt zumindest bis im Herbst ihren langjährigen Wachstumskurs fort. Nachdem die internationalen Aktienmärkte noch bis zum Frühsommer immer neue Rekordmarken erzielt hatten, begann in der zweiten Jahreshälfte eine turbulente Achterbahnfahrt. Die Bilanz der verschiedenen Börsenplätze zum Jahresende präsentiert sich uneinheitlich. Mit einem Minus von 3,4 Prozent liegt der Swiss-Market-Index (SMI) im hinteren Mittelfeld.

Höchststand. Während die Exporterlöse kräftig anstiegen, fiel der Zuwachs im Inland etwas schwächer aus. Der Bausektor war 2007 mit einer abnehmenden Investitionstätigkeit konfrontiert. Erfreulich lief dank dem für viele Ausländer günstigen Frankenkurs wiederum der Tourismus. Dank Hochkonjunktur ist die Arbeitslosigkeit in der Schweiz in der Berichtsperiode auf den tiefsten Stand seit 2002 gesunken. Die Arbeitslosenquote erreichte noch 2,8 Prozent (Vorjahr 3,3 Prozent). Der Anstieg der Teuerung betrug über das ganze Jahr hinweg 0,7 Prozent.

## WELTWIRTSCHAFT 2007

2007 war das fünfte aufeinanderfolgende Jahr mit einer kräftig expandierenden Weltwirtschaft. Als Konjunkturmotoren erwiesen sich einmal mehr die dynamischen Schwellenländer, allen voran Russland, Indien, China sowie Brasilien. Aber auch in Europa blieb das Wirtschaftswachstum im Jahresverlauf weitgehend intakt, obwohl die starke Aufwertung des Euro, höhere Zinsen sowie Energie- und Rohstoffpreise die Konjunktur allmählich zu dämpfen begannen. Sogar die US-Wirtschaft setzte trotz Preiszer-

## DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2007 IN DER SCHWEIZ

Die Schweizer Wirtschaft profitierte 2007 weiterhin von vollen Auftragsbüchern bei den Unternehmen und einer erfreulichen Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die Konjunktur verlief mit einem BIP-Wachstum von über 3 Prozent positiv und war solide auf den Konsum, die Investitionen und den Export abgestützt. Der Aussenhandel brillierte im zweiten Jahr in Folge mit zweistelligen nominalen Wachstumsraten. Von der geografisch breit getragenen Nachfrage profitierten erneut alle Exportbranchen. Die Handelsbilanz schrieb mit CHF 13,9 Mrd. einen neuerlichen

## DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2007 IN GRAUBÜNDEN

Im Sog der Weltwirtschaft ist die Bündner Wirtschaft im langfristigen Vergleich mit **fast 2 Prozent überdurchschnittlich gewachsen**. Dazu beigetragen haben vor allem exportorientierte Unternehmen.

Die **Arbeitslosenquote** sank 2007 erneut markant von 1,8 auf 1,4 Prozent.

Von den im Berichtsjahr insgesamt an Unternehmen in Graubünden erteilten

17'599 **Bewilligungen für ausländische Arbeitskräfte** entfielen 10'021 an Kurzaufenthalter EU, 2'980 an Kurzaufenthalter EU unter vier Monaten, 1'114 an Jahresaufenthalter EU, 2'859 an Grenzgänger, 302 an Kurzaufenthalter Drittstaaten, 221 an Jahresaufenthalter Drittstaaten und 102 an selbständig Erwerbstätige.

Die Gesamtzahl der **Lehrverhältnisse** ist stark angestiegen. Insgesamt absolvierten 5'755 (5'622) Personen eine Lehre. Im Berichtsjahr wurden 1'904 Lehrverträge abgeschlossen, 425 wurden aufgelöst oder umgewandelt.

## HANDEL, INDUSTRIE UND GEWERBE

Die exportorientierten Unternehmen aus den Bereichen Chemie, Kunststoff, Maschinen, Metall und Elektronik blicken auf ein erfolgreiches Berichtsjahr zurück. Über drei Viertel der wertmässigen Ausfuhren gelangten in die EU, zu einem wesentlichen Teil nach Deutschland. Wichtig sind auch die Exporte in den asiatischen Raum, während jene in die USA lediglich 5 Prozent ausmachen.

Der Nettoumsatz der **Ems-Gruppe** erhöhte sich um 11,2 Prozent auf CHF 1'552 Mio., das Betriebsergebnis um 9,5 Prozent auf CHF 270 Mio. Der Nettogewinn nach Abzug der Steuern belief sich auf CHF 294 Mio. Dabei entfielen auf den Hauptbereich polymere Werkstoffe ein Nettoumsatz von

CHF 1'428 Mio. und ein Betriebsergebnis (EBIT) von CHF 243 Mio. Dank dem hohen betrieblichen Cashflow von CHF 324 Mio. konnten die Investitionen von CHF 72 Mio. problemlos aus eigener Kraft finanziert werden. Die in der Ems-Gruppe zusammengefassten Geschäftsbereiche beschäftigten total 2'231 Mitarbeiter, davon 1'221 in der Schweiz. Es wurden 109 Lernende in 12 Berufen ausgebildet.

Die **Graubündner Kantonalbank** konnte den Konzerngewinn um 16,8 Prozent auf CHF 104,8 Mio., die Kundenausleihungen um 3,4 Prozent und das Kundenvermögen um 1,7 Prozent steigern. Aus der Gewinnverteilung sind dem Kanton Graubünden in Form von Dividenden und Abgeltung der Staatsgarantie CHF 66,0 Mio. (+ 11 Prozent) zugeflossen. Der Mitarbeiterbestand reduzierte sich zeitbereinigt um 39,5 Prozent auf 845 Mitarbeitende, was auf die Aufhebung der befristeten Anstellungen im IT-Migrationsprojekt zurückzuführen ist.

**Würth International AG** konnte 2007 abermals mit neuen Rekorden abschliessen. Die Würth-Gruppe Schweiz, bestehend aus zehn Unternehmen in der Schweiz, erreichte mit einem Umsatz von CHF 1,045 Mrd. eine Umsatzsteigerung von über 12 Prozent. Mit einem Zuwachs von 57 Personen lag die Anzahl der Mitarbeitenden zum Jahresende bei 1'156. Die Würth-Gruppe steigerte ihren weltweiten Umsatz um 9,5 Prozent auf ein neues Rekordniveau von EUR 8,485 Mrd.

Weltweit beschäftigt Würth 63'699 Mitarbeitende.

Die in den Bereichen Werkzeugmaschinen/Elektrowerkzeuge, Lasertechnik/Elektronik sowie Medizintechnik tätige **Trumpf-Gruppe** hat den Umsatz im Geschäftsjahr 2007/2008 um rund 10 Prozent auf erstmals über CHF 2 Mia. gesteigert. Zu diesem erfreulichen Ergebnis haben auch die Produktionsbetriebe in Grüşch und Baar mit einer Umsatzsteigerung von 15 Prozent auf CHF 977 Mio. beigetragen. Diese Steigerung ist insbesondere auf den Erfolg in der Lasertechnologie zurückzuführen. In Baar und Grüşch beschäftigt Trumpf 815 Mitarbeiter, davon 62 Lernende.

Die **Südostschweiz Mediengruppe** hat im Jahr 2007 ihren Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 8,5 Prozent auf CHF 135,7 Mio. gesteigert, den Betriebserfolg um 19 Prozent auf 5,7 Mio. Der Reingewinn nach Steuern stieg um 11,4 Prozent auf 3,5 Mio. Die Umsatzsteigerung ist in erster Linie dem guten Anzeigengeschäft zu verdanken, welches eine Umsatzsteigerung von CHF 4,2 Mio. oder 15 Prozent erreichte. Mit Ausnahme der Druckfirma erzielten sämtliche Gruppenfirmen bessere Ergebnisse als 2006. Per Ende 2007 waren 1'014 Mitarbeiter vollamtlich oder in Teilzeit angestellt.

**Heineken Schweiz** blickt, trotz relativ schwieriger Marktbedingungen, auf ein positives 2007 zurück. So konnten die Ziele für das Berichtsjahr erreicht

werden. Die Marke Calanda wächst schweizweit – namentlich ausserhalb des Kantons Graubünden – im einstelligen Prozentbereich.

Seit gut zwei Jahren sind die **Passugger Quellen** wieder in Bündner Hand. Und dies tut den Marken ALLEGRA und PASSUGGER sichtlich gut. So konnten in den letzten drei Jahren 15 neue Arbeitsstellen geschaffen werden. Im wichtigen Kernmarkt steigen die Absatzzahlen markant, und in naher Zukunft sind richtungsweisende Investitionen in Passugg geplant.



**Hamilton Bonaduz AG** hat das Geschäftsjahr 2007 mit einem Glanzresultat abgeschlossen. Die Bonaduzer Hightech-Unternehmen wuchsen mit rund 20% – ein Resultat, das weit über dem durchschnittlichen Marktwachstum liegt. Dank des Wachstums konnten 70 neue Stellen geschaffen werden. Das grösste Wachstum der Hamilton-Unternehmen kam aus den Sparten Medizinaltechnik und Laborautomation. Auch im Bereich der Sensorik/Messtechnik ist das Unternehmen markant gewachsen und konnte das Sortiment massiv verbreitern. Trotz abschwächender Konjunktur sind die Aussichten dank der in den letzten Jahren getätigten Investitionen in Forschung und Entwicklung gut.

Die von den **Trockenfleisch-Produzenten** bereits im letzten Jahr festgestellte Tendenz der zunehmenden Konkurrenzierung durch italienische Importe hat sich fortgesetzt, indem

fast 40 Prozent mehr italienisches Bindenfleisch in die Schweiz eingeführt wurde als im Vorjahr. Gleichwohl konnten auch die Verkäufe von Bündnerfleisch sowohl im Inland (plus 3,16 Prozent) als auch im Ausland (plus 2,43 Prozent) gesteigert werden. Die Konkurrenzfähigkeit der Bündner Hersteller von Trockenfleisch setzt voraus, dass die Rohstoffe zu denselben Bedingungen beschafft werden können, wie im benachbarten Ausland. Deswegen werden die Bestrebungen zum Abschluss eines Agrarfreihandelsabkommens mit der EU unterstützt.

Der **Bündner Autohandel** konnte bei den Neuwagen – trotz der positiven Konjunktorentwicklung und Konsumentenstimmungen – nicht profitieren, obwohl energieeffiziente und emissionsarme Fahrzeuge im Trend liegen. Das Geschäft mit den Gebrauchtwagen verzeichnete indessen eine deutliche Belebung.

Getragen von der positiven Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung haben sich die Umsätze im **Detailhandel** 2007 erfreulich entwickelt. Dazu beigetragen hat auch die Erholung im Bündner Tourismus, welcher direkt rund einen Viertel der Wertschöpfung im Detailhandel generiert.

## TOURISMUS

Im Aufwind befindet sich der **Bündner Tourismus**. Mit 5,75 Mio. **Hotelübernachtungen** wurde ein Plus von

1,7 Prozent erzielt. Damit setzt sich die Erholung seit dem Einbruch im Jahre 2002 weiter fort. Die 2,6 Mio. Übernachtungen in der Sommersaison entsprechen einer Zunahme von 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auf das Winterhalbjahr entfiel ein Zuwachs von 0,5 Prozent. Während bei den einheimischen Gästen ein leichter Rückgang hingenommen werden musste, entwickelten sich die Gästezahlen aus Deutschland und Europa positiv.

Die **Rhätische Bahn** hat dank starkem Euro, prächtigem Wetter und der greifenden Umsetzung der Strategieoffensive 2012 ein erfreuliches Geschäftsergebnis mit einem Jahresgewinn von CHF 1,3 Mio. erzielt. Die Zunahme im Personenverkehr betrug 5,5 Prozent und erreichte fast 10 Mio. Reisende. Ebenfalls zugenommen haben die Leistungen im Autoreiseverkehr, wogegen jene im Güterverkehr erwartungsgemäss unter dem Vorjahr lagen. Stark rückläufig waren Holz- und Rohbaustofftransporte, während in den Bereichen Getränke-transport, Zement- und Kehrlicht zugelegt werden konnte.

Die **Bergbahnen Graubünden** haben nach der schwierigen Wintersaison 2006/07 unter den Vorjahresergebnissen abgeschlossen. 95 Prozent des Gesamtumsatzes stammen aus der Wintersaison, rund zwei Drittel des Umsatzes aus den Bahnbetrieben und ein Drittel aus den Nebenbetrieben.

## ENERGIEWIRTSCHAFT

Die hydraulische **Bruttostromerzeugung** im Kanton Graubünden betrug in der hydrologischen Berichtsperiode 6'991 GWh. Der bündnerische Anteil an der schweizerischen hydraulischen Bruttostromerzeugung belief sich auf 19,4 Prozent und an der schweizerischen gesamten Bruttostromerzeugung 10,7 Prozent. Damit lag die Produktion im Berichtsjahr rund 6 Prozent unter der Durchschnittsproduktion der letzten Jahre.

Die **Rätia Energie** steigerte die Gesamtleistung um 8 Prozent auf 1,863 Mrd. Franken, der Gruppengewinn wurde unverändert mit 75 Mio. ausgewiesen. Allerdings fiel das operative Ergebnis deutlich schwächer aus als im Vorjahr. Während sich der Stromabsatz mit 16'141 GWh im Rahmen des Vorjahres hielt, nahm das Kontraktvolumen mit finanziellen Handelsgeschäften um 7'074 GWh zu. Ungebrochen rege blieb das Interesse an erneuerbarer Energie, indem 1'312 GWh zertifizierter Grünstrom (+ 3 Prozent) verkauft wurden.

## BAUWIRTSCHAFT

Die **Bauwirtschaft** kühlte sich 2007 etwas ab. Vor allem im **Tiefbau** musste die Branche wegen der fehlenden Grossprojekte eine deutliche Abschwächung gegenüber dem Vorjahr hinnehmen. Der **Wohnungsbau** des gewerblich-industriellen Hochbaus entwickelte sich hingegen weiterhin robust. Aller-

dings dürfte die Anzahl neuer Wohnungen im Jahr 2007 mit rund 1'900 Einheiten gegenüber 1'772 im Vorjahr den Zenit erreicht haben.

## LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Die **Landwirtschaft** verlief in allen Bereichen erfreulich. Die Preise für das Nutz- und Schlachtvieh waren weiterhin sehr gut und über jenen des Vorjahres. Die sinkende Tendenz des Milchpreises wurde gestoppt, und gegen Ende Jahr konnten sogar markante Preissteigerungen ausgehandelt werden. Verbessert hat sich auch die Ertragslage für das Brot- und Futtergetreide. Diese Trendwende ist auf die weltweit eingetretene Verknappung der Nahrungsmittel zurückzuführen.

**Bündner Weine** mit Jahrgang 2007 werden trotz schwieriger Witterung Qualitätsweine sein. Die Erntemenge lag rund 6 Prozent über dem langjährigen Schnitt. Die wichtigste Rebsorte, der Blauburgunder, erreichte hohe 98 Grad Öchsle.

Auch die **Forstwirtschaft** schaut auf ein gutes Jahr zurück. Die verstärkte Holznachfrage, die sich nicht zuletzt dank des Grosssägewerkes von Stallinger in Domat/Ems ergab, führte zu höheren Preisen. Die Margen sind aber eher gering. Bei gut erschlossenen Wäldern und einer effizienten Nutzung war es 2007 wieder möglich, Gewinne zu erwirtschaften.

# VERNEHMLASSUNGEN UND ABSTIMMUNGEN



Die folgenden Stellungnahmen der Handelskammer sind – in der Regel zusammen mit dem Bündner Gewerbeverband und dem Hotelierverein Graubünden – entweder im Rahmen der offiziellen Vernehmlassungsverfahren der kantonalen und eidgenössischen Behörden oder später im laufenden Gesetzgebungsprozess abgegeben worden. Daneben wurde zahlreiche Anfragen oder Geschäfte auf dem Korrespondenzweg und in persönlichen Gesprächen behandelt. Die Vernehmlassungen finden Sie im vollen Wortlaut auf unserer Homepage ([www.hkgr.ch/Mitteilungen/Vernehmlassungen](http://www.hkgr.ch/Mitteilungen/Vernehmlassungen)).

## VERNEHMLASSUNGEN BUND

### Realisierungskonzept für eine einheitliche Unternehmens-Identifikationsnummer (UID)

Die Einführung einer einheitlichen Unternehmens-Identifikationsnummer wurde positiv aufgenommen, weil dadurch der Aufwand der Unternehmen im Verkehr mit Behörden verringert werden kann, dies insbesondere durch die Elimination von Doppelspu-

rigkeiten durch die mehrfache Datenerfassung durch verschiedene Ämter. Allerdings wurden hierfür klare Rahmenbedingungen verlangt, insbesondere Vereinbarkeit mit den Anforderungen des Datenschutzes. Es müsse klar geregelt werden, welche Behörde auf welche Daten Zugriff erhält. Da die UID auch für den Verkehr zwischen Unternehmen zur Verfügung stehen solle, müsse auch der externe Zugriff auf die Daten geregelt und der Schutz vor unerwünschter Werbung gewährleistet werden.

### Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im Schweizerischen Hochschulbereich (HFKG)

Für eine erfolgreiche Umsetzung des neuen Gesetzes wurde vorab die Schaffung einer grösstmöglichen Autonomie für die einzelnen Hochschulen verlangt, damit auch auf die Bedürfnisse der Wirtschaftsregion eingegangen werden könne. Dabei müssten die Träger Kantone den einzelnen Hochschulen die relevanten strategischen Stossrichtungen vorgeben können. Die Regeldichte sei zu minimieren, der Markt spielen zu lassen und auf Vorgaben hinsichtlich der Fach- und Führungsstrukturierung zu ver-

zichten. Überdies sei die Gleichwertigkeit der Hochschultypen, namentlich zwischen den Fachhochschulen und den universitären Hochschulen, sicherzustellen durch gleiche Chancen in der Forschungsförderung sowie klare Passerellen ohne wesentliche Zusatzaufwendungen. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit wurde die Förderung der Internationalisierung und die Führung der Hochschulen nach den Bedürfnissen der Wirtschaft und nicht nach politischen Kriterien verlangt. Sodann wurden diverse Fragen zur Gesetzesvorlage beantwortet.

#### **Richtlinien der UKW-Radio- bzw. TV-Versorgungsgebiete**

Um auch weiterhin eine Medienvielfalt in der Randregion gewährleisten zu können, wurde die Vorlage abgelehnt, weil diese aller Voraussicht nach einen Verlust des Lokalradios wie auch des Lokalfernsehens zur Folge hätte. Wegen des Zusammenbruchs der nationalen Werbeeinnahmen in Folge von Fehlern bei der Zuhörerzählerhebung sei für Radio Grischa und Radio Engiadina kein wirtschaftliches Überleben denkbar. Um stärker an den nationalen Einnahmen partizipieren zu können, wurde eine marktwirtschaftliche Lösung vorgeschlagen. Danach sollte das Konzessionsgebiet von Radio Grischa auf den Kanton Glarus, das Gebiet Gaster-See und das Rheintal sowie das Toggenburg ausgedehnt werden. Dasselbe wurde mit der gleichen Begründung auch für Tele Südostschweiz verlangt.

#### **Teilrevision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse (Cassis-de-Dijon)**

Die Harmonisierung des schweizerischen Lebensmittelrechts mit demjenigen der EU – damit die Anwendung des Cassis-de-Dijon-Prinzips – wurde positiv aufgenommen. Dabei wurde auch die damit verbundene einseitige Marktöffnung akzeptiert und ein konsequenter Verzicht auf Ausnahmen und Sonderregelungen verlangt. Gleichzeitig wurde ein umfassend EU-kompatibles Lebensmittelrecht verlangt, dies in Anlehnung an die Hersteller von Trockenfleisch. Zur Vermeidung der Inländerdiskriminierung sei den schweizerischen Herstellern zu gestatten, ihre Produkte abweichend von den nationalen Vorschriften nach den gleichen Anforderungen herzustellen und im Inland in Verkehr zu bringen wie die Importprodukte, die aufgrund des Cassis-de-Dijon-Prinzips zugelassen würden.

#### **Parlamentarische Initiative: Schutz der Bevölkerung vor dem Passivrauchen**

Die von der nationalrätlichen Subkommission «Passivrauchen» vorgeschlagene Revision des Arbeitsgesetzes wurde abgelehnt. Dadurch würde der Arbeitgeber «passivlegitimiert» resp. diesem eine weitere arbeitsrechtliche Verpflichtung auferlegt, bei deren Nichteinhaltung er sogar gebüsst würde. Der Arbeitgeber könne vielfach die vom Gesetz geforderten Schutzmassnahmen zugunsten des Arbeitnehmers gar nicht treffen, z. B. wenn ein Mitarbeiter ausser Haus eine Arbeit ver-

richte (z. B. Catering). Demgegenüber trage der Gesetzesvorschlag von Gastrouisse diesem Umstand Rechnung. Allerdings könne auch dieser Gesetzesvorschlag nur akzeptiert werden, wenn in den Raucherräumen bedient werden dürfe und von der Verpflichtung einer ausgleichenden Belüftung, welche mit erheblichen Investitionskosten verbunden wäre, abgesehen werde. Am wirtschaftsfreundlichsten wäre indessen eine Regelung analog zu jener im Kanton Graubünden, wonach in den Raucherräumen bedient werden dürfe und diese nicht speziell belüftet werden müssten. Zudem sei der Raucher das Subjekt des Rauchverbotes, nicht der Gastgeber.

#### **Pärkeverordnung**

In Anlehnung an die Stellungnahme von Seilbahnen Schweiz wurde die Idee zur Erhaltung der Natur und Landschaft begrüsst. Der naturnahe Tourismus der Schweiz sei ein ansehnlicher Wertschöpfungsfaktor und berge noch förderungswürdiges Potential. Vermisst wurde der Aspekt Kulturraum. Seilbahnen wie historische Verkehrswege oder architektonisch wertvolle Bauten seien eine kulturelle Leistung, deren Entwicklung nicht eingeschränkt werden dürfe. Deshalb wurde die Grundidee als ungeeignet erachtet, weil die Verordnung zu viele Unklarheiten aufwies. Da zudem die volkswirtschaftliche, regionalpolitische und kulturräumliche Bedeutung der Seilbahnen und der Skigebiete grösstenteils unberücksichtigt blieben, wurde die Pärkeverordnung in der vorliegenden Form

zurückgewiesen, auch wenn deren Grundidee der Erhaltung der Landschaft als touristisches Kapital in Pärken befürwortet wurde.

### Gesamtschau FinöV/ZEB

Der gewählte Ansatz zur Sicherstellung der Finanzierung der Bahninfrastruktur wurde als richtig erachtet. Als unakzeptabel erachteten wir jedoch, dass die RhB keinen Anspruch auf Investitionsmittel aus dem FinöV-Fonds hat, obwohl sie ihre Angebote an jenen der SBB ausrichten können müsse. Dies erfordere infrastrukturelle Verbesserungen.

Bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur wurde verlangt, dass auch Projekte in der Peripherie mit hohem Kundennutzen berücksichtigt werden könnten. Sodann wurde die Aufnahme eines Halbstundentaktes Zürich-Chur bei den Erweiterungsoptionen verlangt. Im Grundsatz ebenfalls positiv aufgenommen wurde die Anpassung des NEAT-Gesamtkredites, wobei allerdings vorgängig eine Fondserhöhung vorzunehmen wäre.

### Revision des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer

Im Grundsatz wäre ein Einheitssatz in der ursprünglich in Aussicht gestellten Höhe zwischen 5 Prozent und 5,5 Prozent gewünscht worden, weil ein solcher auch für die Hotellerie und damit für den Tourismus akzeptabel gewesen wäre. Mit einem Einheitssatz von 6 Prozent – weitere Zuschläge für die Sozialversicherungen wären ja noch zu erwarten – würde der Tourismus

als einzige Exportbranche – immerhin die dritt wichtigste der Schweiz – diskriminiert. Andererseits blieben Branchen, welche zum Ausgleich beitragen könnten, von der Steuer weiterhin ausgenommen. Dadurch verliere der Schweizer Tourismus massiv an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den europäischen Mitbewerbern. In diesem Lichte wurde ein Einheits-MWST-Satz von 6 Prozent abgelehnt.

### Systementscheid zur Frage der Erschöpfung im Patentrecht

Sofern die bereits angelaufenen Massnahmen zur Bekämpfung der «Hochpreisinsel Schweiz» (THG-Revision, Cassis-de-Dijon, Abbau administrierter Preise) effizient umgesetzt würde, sahen wir keine Veranlassung zur Abkehr vom Prinzip der nationalen Erschöpfung im schweizerischen Recht. Allenfalls könnte eine regionale Erschöpfung in Betracht gezogen werden. Dabei wurden die Eigentümerinteressen in Abwägung mit den kollidierenden Konsumenteninteressen höher gewichtet, auch wenn dazu zum Teil abweichende Ansichten von Mitgliedern bestanden. Die aus Konsumentensicht relevanten patentgeschützten handelbaren Konsumgüter bildeten einen derart kleinen Teil im Gesamtwarenverkehr, dass die durch eine internationale Erschöpfung wahrscheinlich zu erzielenden Preisreduktionen für die Gesamtwirtschaft praktisch unbedeutend wären. Und solange die inländischen Preise für Medikamente zum Teil staatlich administriert seien, sei der Preiswettbewerb ohnehin von vorne-

herein ausgeschlossen. Überdies seien die zum Teil unverständlichen Preisdifferenzen zum Ausland nicht auf die Erschöpfung im Patentrecht, sondern auf verschiedenste Staatseingriffe sowie andere marktbestimmende Faktoren zurückzuführen. Solange die in direkter Konkurrenz mit der schweizerischen Wirtschaft stehenden ausländischen Patentrechte innerstaatlich an der nationalen Erschöpfung festhielten, könne es nicht primäre Aufgabe der Politik sein, diese Regeln einseitig zulasten der schweizerischen Wirtschaft abzuändern.

### Stormversorgungsverordnung und Revision der Energieverordnung

Vorab wurde das Bekenntnis zum Stromversorgungsgesetz bekräftigt, welches eine geordnete und zeitlich abgestufte Marktöffnung und damit eine Abfederung negativer ökologischer und wirtschaftlicher Folgen ermögliche. Zudem werde die Energie aus Wasserkraftwerken begünstigt. Von der vorgeschlagenen Strom-VV befürchteten wir Preiserhöhungen für die Berg- und Randgebiete, dies wegen des Systemwechsels beim Netznutzungsentgelt. Ferner werde der Grundsatz, dass bei den anrechenbaren Kosten der Einspeisung von Elektrizität auf Mehrkosten für die unteren Spannungsebenen Rechnung zu tragen sei, nicht konsequent umgesetzt, indem die wegen des Stromexports aus dem Berggebiet grösser dimensionierten Netze auf die kantonsinternen Endkunden überwältigt würden.

## VERNEHMLASSUNGEN KANTON GRAUBÜNDEN

### Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Strassenverkehr

Die Überführung der heute geltenden Bestimmungen in ein formelles Gesetz wurde begrüsst, einzig die Einführung eines zusätzlichen Steuerungselements zur Festlegung der Verkehrssteuern aufgrund des CO<sub>2</sub>-Ausstosses wurde kritisiert. Dieser Lösung könnte nur zugestimmt werden, falls der Strassenrechnung keine Mittel entzogen werden. Bevorzugt würde ein Anreizmodell statt eine Lenkungsabgabe. Obwohl der weltweite Strassenverkehr nur 13 % der von den Menschen erzeugten Treibhausgase beitrage, werde der motorisierte Individualverkehr häufig als Prügelknabe für die Klimaveränderung verantwortlich gemacht. Selbst mit maximalen CO<sub>2</sub>-Reduktionen würde es unserem Land mit einem Anteil von rund 0,2 % an den weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht möglich sein, einen signifikanten Beitrag zur Klimaverbesserung zu leisten. Energieeffiziente Fahrzeuge seien bereits heute in der Gunst der Konsumenten. Allein schon deswegen werde die Berücksichtigung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses bei der Erhebung der Motorfahrzeugsteuern ihre Wirkung verfehlen. Im Übrigen lasse der Vorschlag unberücksichtigt, dass zahlreiche Personen in bestimmten Gegenden aus topografischen Gründen auf weniger energieeffiziente Fahrzeuge angewiesen seien. Die zu erwartenden Einnahmeausfälle von rund 1.5 Mio. würden

sich vor allem für die Strassenrechnung negativ auswirken. Im Falle der Umsetzung der Vorlage müsse sichergestellt sein, dass der Strassenrechnung mindestens gleichviele Mittel wie bisher zuflössen.

### Teilrevision des Gesetzes über die Familienzulagen

Eingangs wurde in Erinnerung gerufen, dass es sich bei den Familienzulagen um einen Lohnbestandteil bzw. eine Ergänzung des Leistungslohnes zum teilweisen Ausgleich der höheren Familienkosten, keinesfalls aber um Sozialzulagen handelt. Die einer bestimmten Familienausgleichskasse angeschlossenen Arbeitgebenden finanzierten gemeinsam die in den Betrieben unterschiedlich anfallenden Familienzulagen. In diesem Licht wurde die obligatorische Unterstellung der Selbständigerwerbenden entschieden abgelehnt, weil dies zu einer wesentlichen Erhöhung der Sozialabgaben führen würde. Selbständigerwerbende bedürften nicht desselben Schutzes wie Arbeitnehmende, welchem Aspekt in der gesamten Rechtsordnung Rechnung getragen werde. Falls ein Selbständigerwerbender in den Genuss aller Arbeitnehmerschutzrechte gelangen wolle, könne er sich über eine juristische Person anstellen. Für Selbständigerwerbende wirke sich der FAK-Beitrag wie eine zusätzliche Unternehmenssteuer aus. Ebenso wurde jegliche Anspruchsberechtigung abgelehnt, welche über den im Bundesgesetz in Art. 4 FamZG erwähnten Personenkreis hinausgeht, so insbesondere



auch die Berechtigung für Konkubinataskinder. Sodann wurde in Erinnerung gerufen, dass der seinerzeit eingeführte Lastenausgleich nur gestützt auf die Zusicherung des Kantons akzeptiert wurde, wonach die kantonale Ausgleichskasse nie Gelder aus dem Lastenausgleichsfonds beziehen würde. Ausserdem wurde zu einzelnen Bestimmungen Stellung genommen.



### Familienbericht Graubünden

Der im Bereich Familie und Kindergarten / Schule definierte Handlungsbedarf zur Einführung von Blockzeiten und Mittagstischen sowie einer ganz-tägigen Betreuung wurde anerkannt, weitergehender Handlungsbedarf zum Eingriff in die Privatautonomie abgelehnt. Zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten wurde bemerkt, im Vordergrund der Festlegung der Arbeitszeiten hätten allemal die Interessen und Bedürfnisse des Arbeitgebers zu stehen und nicht die Wünsche des Arbeitnehmers, zumal der Arbeitgeber den Lohn zur Abgeltung der zur Verfügung gestellten Arbeitszeit bezahle. Deswegen seien Arbeitsmodelle zu fördern, welche mindestens im gleichen Ausmass auch den Interessen des Arbeitgebers entgegenkommen, so im Tourismuskanton Graubünden vor allem die Jahresarbeitszeit und die kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit. Sodann wurde darauf hingewiesen, dass Kleinunternehmen sowie Kaderpositionen für Arbeitszeitmodelle wenig geeignet seien. Zur im Bericht ebenfalls geforderten Gleichbehandlung von Beschäftigten mit Betreuungsaufgaben im Be-

reich Weiter- und Fortbildung wurde klargestellt, dass dies grundsätzlich schwierig und in Klein- und Kleinstunternehmen gar unmöglich sein dürfte. Abgelehnt wurde die Aufhebung der Vorgaben für die Tarifgestaltung. Tarife für die Kinderbetreuung seien nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Erziehungsberechtigten abzustufen. Aus ordnungspolitischen Überlegungen könne es nicht in Frage kommen, dass ein Arbeitnehmerehepaar mit geringem Einkommen gleichviel bezahlen müsse, wie das Akademiker-Ehepaar mit hohen Salären. Als zu weitgehend erachteten wir die Forderung nach Betreuungsangeboten für Kinder während der Schulferien. Der Sozialstaat solle sein Angebot nur subsidiär anbieten, wo Private selbst nicht in der Lage seien. Die Kosten für die Kinderbetreuung während der Ferien dürften nicht einfach auf den Staat und damit die Allgemeinheit überwältigt werden. Beanstandet wurde letztlich die steuerliche Benachteiligung von Selbständigerwerbenden, welche keine Möglichkeit zur Unterbringung der Kinder in Tagesstrukturen hätten resp. von zu Hause aus im Geschäft mitarbeiteten, z. B. an Abendstunden oder Wochenenden, und so selbst oder mit Hilfsangestellten für die Betreuung der Kinder sorgten. Solche Ehepaare würden wegen der zusätzlichen Mitarbeit der Ehefrau steuerlich benachteiligt.

## Abstimmungen

Zu diversen eidgenössischen und kantonalen Vorlagen wurden folgende **Abstimmungsparolen** abgegeben:

	Parole	Resultat CH	Resultat GR
<b>11. Mai 2007</b>			
Volksinitiative vom 9. Dezember 2004 «Für eine soziale Einheitskrankenkasse»	Nein	72,2 % Nein	82,4 % Nein
<b>17. Juni 2007</b>			
Änderung vom 6. Oktober 2006 des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG)	Ja	59 % Ja	61 % Ja
Sprachengesetz des Kantons Graubünden	Keine		53,9 % Ja
<b>25. November 2007</b>			
Teilrevision des Gesetzes über das Gesundheitswesen des Kantons Graubünden (Gesundheitsgesetz)	Keine		74,9 % Ja

## ENERGIEPOLITISCHES MANIFEST DER DACHORGANISATIONEN DER WIRTSCHAFT GRAUBÜNDEN

Vor dem Hintergrund der politischen Diskussion über Energieverknappung und Klimaveränderung haben die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden am 12. Februar 2007 eine Veranstaltung durchgeführt und folgende Forderungen gestellt:

1. Primär ist die Erstellung oder der Ausbau grösserer Wasserkraftwerke voranzutreiben, kleinere Kraftwerke sind von unnötigen und unverhältnismässigen Beschränkungen und Auflagen zu entlasten.
2. Der Ausbau und Neubau von Speicherkraftwerken, die den Pumpbetrieb zur Produktion von Regelenergie ermöglichen, ist als vorrangiges Ziel der Energiepolitik zu definieren.
3. Die Realisierung des Speicherkraftwerkes Curciusa, der Rheinkraftwerke Ems-Fläsch sowie weiterer aufgegebenen Projekte ist in Wiedererwägung zu ziehen.
4. Die Gewässerschutzgebung des Bundes ist so auszugestalten, dass die Nutzung der Wasserkraft zur Energiegewinnung erhöht werden kann. Dies mit dem Ziel, die heute überlangen Bewilligungsverfahren zu verkürzen und die parallele Verarbeitung von entsprechenden Gesuchen durch diverse Fachstellen auf eidgenössischer und kantonalen Ebene zu eliminieren. Zudem ist dafür zu sorgen, dass der Anteil der elektrischen Energie durch Optimierungen wie auch durch Neubauten substantiell erhöht werden kann. Ferner sind sämtliche politischen Forderungen zu unterbinden, welche die entsprechenden Ziele gefährden, z. B. durch zu grosse Restwassermengen, Sunk-Schwall-Regelungen, exzessiven Natur- und Heimatschutz (vgl. Renaturierungsinitiative) etc. Zu diesem Zwecke sind insbesondere die Restwassermengen spezifisch anzupassen, Ausnahmetatbestände zuzulassen und der Aquaviva Initiative eine deutliche Abfuhr zu erteilen.
5. Mit dem Ziel der Verkürzung der Bewilligungsverfahrendauer sind sämtliche Bewilligungskompetenzen für Wasserkraftwerke vom Bund auf den Kanton zu übertragen.

- gen. Das Verbandsbeschwerderecht ist im Sinne der hängigen Initiative einzuschränken.
6. Die Vorschriften bezüglich Schwank/Sunk dürfen weder den Weiterbetrieb der bestehenden Kraftwerke noch den Ausbau von Pumpspeicherkraftwerken/Werke mit Umwälzbetrieb beeinträchtigen.
  7. Die Schutz- und Nutzungsplanung ist auf Gebiete mit hoher ökologischer Bedeutung zu beschränken.
  8. Das Übertragungsnetz ist auszubauen, auf eine «kalte Enteignung» desselben zu verzichten.
  9. Die Stromversorgung ist im Sinne des Stromversorgungsgesetzes so rasch wie möglich zu liberalisieren. Damit bleibt auch den schweizerischen Stromhändlern der Zugang zu den Märkten in Europa ungehindert offen.
  10. Die sichere Energieversorgung zu konkurrenzfähigen Preisen, insbesondere mit Strom, ist für sämtliche Wirtschaftsbereiche (Industrie, Gewerbe, Tourismus etc.) ist langfristig sicherzustellen.
  11. Die Auslandsabhängigkeit bei der Energieversorgung ist zu verringern.
  12. Die Schweizer Bevölkerung ist von der Notwendigkeit des Ersatzes der bestehenden und der Planung neuer Kernkraftanlagen zu überzeugen, die Lebensdauer der bestehenden Kernkraftwerke soll mit technischen Massnahmen nach Möglichkeit verlängert werden. Ferner ist die Endlagerung radioaktiver Atomabfälle zügig voranzutreiben.
  13. Die Bewilligungsverfahren für Kernkraftwerke sind zu vereinfachen und zu verkürzen.
  14. Die Option Gaskombikraftwerke ist zur Abdeckung allfälliger Energie-defizite offenzuhalten.
  15. Die notwendigen Entscheidungen zur Sicherstellung des künftigen Energiebedarfs in der Schweiz sind rechtzeitig herbeizuführen.
  16. Das vorhandene Energiesparpotential ist auszuschöpfen und zu fördern, ohne dadurch das Wirtschaftswachstum zu beeinträchtigen. Die Effizienz aller Energieträger ist nach dem Prinzip mehr Leistung mit weniger Energie zu steigern. Insbesondere ist durch eine breite Information die Bevölkerung für einen sparsamen Energieverbrauch zu sensibilisieren. Massnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs sind bei Neubauten und Sanierungen von bestehender Bausubstanz (Isolationen, effizientere Heizsysteme, Minergie-Standard etc.) über Anreizsysteme (Steuern, Bauvorschriften etc.) zu unterstützen.
  17. Marktfähige neue erneuerbare Energien sind zu fördern.
  18. Die Forschung für neue erneuerbare Energieträger ist zu fördern und intensivieren.
  19. Der Ökostrom ist unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit als Nischenprodukt zu fördern.
  20. Die Wertschöpfung aus Strom (Produktion, Verteilung, Handel) ist vermehrt auf Graubünden zu konzentrieren resp. zu verlagern.

## CHUR BRAUCHT FREQUENZEN

Im Anschluss an die Ablehnung des Vorhabens der Stadt Chur, für ein Jahr Trägerin des von der CIPRA vergebenen Labels «Alpenstadt des Jahres» zu sein, haben die Dachorganisationen der Wirtschaft anboten, aktiv an der Diskussion zur wirtschaftlichen Neuausrichtung und Erhöhung der Wertschöpfung der Stadt Chur mitzuwirken. Von einer kleinen Arbeitsgruppe wurden die nachfolgenden Thesen erarbeitet und im Januar 2007 mit Stadtpräsident Christian Boner erörtert:

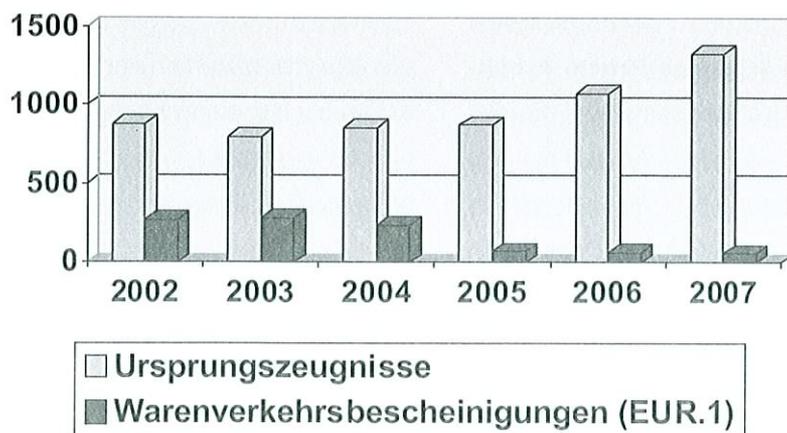
1. Chur spielt bei der Vermarktung der Region als Wirtschaftsstandort eine aktive und zentrale Rolle
2. Chur schafft die Voraussetzungen für attraktive und wertschöpfungsintensive Arbeitsplätze
3. Ausnützung von Synergien durch Kooperationen
4. Chur braucht Frequenzen
5. Chur bietet sich als Dienstleistungszentrum des Kantons und des benachbarten St.Galler Oberlandes an
6. Ausbau des Informationsangebotes und aktivere Ansiedlungspolitik
7. Zukünftige Nutzung des Militärareals in Chur
8. Starke Positionierung von Chur im Destinationsbildungsprozess
9. Chur als Standort für Grossveranstaltungen
10. Verbesserung der sportlichen Infrastrukturen

# VERBANDSAKTIVITÄTEN

Die Haupttätigkeit des Sekretariates erstreckte sich auch im Berichtsjahr auf die Verfassung von **Vernehmlassungen** an den Kanton Graubünden, an *economiesuisse* sowie an den Schweizerischen Arbeitgeberverband. Ferner gehörte der Sekretär diversen ad hoc gebildeten **Abstimmungskomitees** und **Kommissionen** an, welche wirtschaftspolitisch relevante Themata behandelten. Zum weiteren Aufgabenbereich des Sekretariates gehörte die **Vertretung** des Verbandes bei verschiedenen Anlässen, in Arbeitsgruppen und Leitungsgremien anderer Organisationen.

Beim **Ursprungszeugnis-Dienst** wurden im Berichtsjahr 1334 Ursprungszeugnisse, Rechnungen, Tatsachenbescheinigungen etc. (Vorjahr 1079) sowie 56 Warenverkehrsbescheinigungen (Vorjahr 59) beglaubigt. Die Anzahl Warenverkehrsbescheinigungen ist wegen der Exporterleichterungen für Trockenfleischprodukte seit Jahren rückläufig. Demgegenüber war bei den Ursprungszeugnissen und Beglaubigungen eine markante Zunahme auch bezüglich der einzelnen Geschäftswerte mit entsprechenden Mehreinnahmen zu verzeichnen. Die Carnet-ATA, Zollbürgschaften für Warenmuster etc., wurden durch die Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell, die Handelskammer Zürich sowie die Tessiner Handelskammer ausgestellt.

Anzahl Beglaubigungen

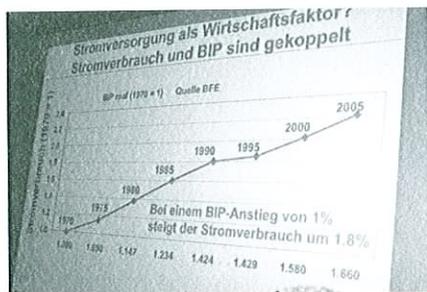


Der **Mitgliederbestand** betrug per Ende des Berichtsjahres 503 Mitglieder, wovon über die Kollektivmitgliedschaft ihrer Branchenverbände 44 Bergbahnen, 79 Zahnärzte und 14 Raiffeisenbanken.

Im Berichtsjahr wurden 4 «HK-News» herausgegeben, in welchen die Mitglieder mit aktuellen Informationen bedient wurden.

Ferner wurden im Berichtsjahr diverse **Veranstaltungen** durchgeführt oder mit anderen Organisationen angeboten.

Zudem haben wir diverse **Weiterbildungsveranstaltungen** befreundeter Organisationen angeboten, insbesondere im Bereiche des Exports.



Bei der **Öffentlichkeitsarbeit** wurden die Medien zu allen relevanten Fragen, zu denen sich unser Verband alleine oder zusammen mit Partnern geäußert hat, mit Communiqués bedient.

Das Sekretariat vermittelte auch im Berichtsjahr beinahe täglich **Auskünfte** aller Art an Mitglieder und auch an Nichtmitglieder, vorwiegend im Bereiche des Exportes, des Arbeitsrechtes sowie der Kontaktvermittlung.

Auch im Berichtsjahr haben wir die an verschiedenen Mittelschulen unseres Kantons durchgeführten **Wirtschaftswochen** finanziell unterstützt.

Für den **Businessplan-Wettbewerb an der HTW Chur** haben wir den Preis für den 1. Rang gestiftet.

Als Mitglied von **economiesuisse** und des **Schweizerischen Arbeitgeberverbandes** stehen wir mit diesen Organisationen in regelmässigem Kontakt, vor allem im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren. Dabei steht für uns das Einbringen der spezifisch bündnerischen Interessenlage in die Meinungsbildung der beiden genannten Organisationen im Vordergrund.

Als Partner des **OSEC-Business-Network Switzerland** erbringt unser Verband diverse Dienstleistungen im Interesse der exportierenden Unternehmen

Eine besonders intensive Zusammenarbeit pflegten wir im Rahmen der **Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden** mit dem Bündner Gewerbeverband sowie mit dem Hotelierverein Graubünden, mit welchen wir gemeinsam die Anliegen des Wirtschaftsstandortes Graubünden sowie der ihnen angeschlossenen Unternehmen vertreten und auch gemeinsame Projekte und Veranstaltungen durchführen.

Eine gute Zusammenarbeit pflegen wir auch mit weiteren **Wirtschaftsverbänden** im Kanton Graubünden, wie Bergbahnen Graubünden, Interessengemeinschaft Tourismus Graubünden (ITG), Graubünden Ferien und dem Wirtschaftsforum Graubünden, in dessen Gremien mehrere Mitglieder unseres Vorstandes mitwirken, sowie mit der Graubündner Zahnärztegesellschaft (GZG), welche für sämtliche ihr angeschlossenen Zahnärzte Kollektivmitglied unseres Verbandes ist und sich regelmässig zu Vernehmlassungsvorlagen, insbesondere im medizinischen und sozialversicherungsrechtlichen Bereich, äussert.

Beim **Kanton Graubünden** sind es vor allem das Amt für Wirtschaft und Tourismus, das Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, das Amt für berufliche

Ausbildung sowie die Steuerverwaltung, mit welchen wir in regelmässigem Kontakt stehen.

Die Wirtschaftspublikation «PULS», in deren Redaktion wir als Partner mitwirken, bezweckt, die Bündner Wirtschaft und weitere interessierte Kreise mit regional relevanten volkswirtschaftlichen Daten und Informationen zu bedienen. «PULS» führt auch Veranstaltungen zu wirtschaftlichen Themen durch und beteiligte sich auch dieses Jahr am 10. Wirtschaftsforum Südostschweiz an der Gehla.

Im **Verein Schweizer Industrie- und Handelskammern (SIHK)** sind alle 18 Industrie- und Handelskammern der Schweiz sowie jene des Fürstentums Liechtenstein angeschlossen. Das von den Handelskammern gebildete Netzwerk dient der Steigerung von Effizienz und Effektivität der einzelnen Kammern sowie der Vertretung gemeinsamer wirtschaftspolitischer Anliegen auf eidgenössischer Ebene.

Nachdem sich unsere Handelskammer im letzten Jahr der Datenbank **SWISS-FIRMS** der Schweizerischen Handelskammern angeschlossen hat ([www.swissfirms.ch](http://www.swissfirms.ch)), wurden im Laufe des Berichtsjahres die Mitglieder in der Datenbank von SWISSFIRMS erfasst. Damit ist es nun möglich, unsere Mitglieder nach verschiedensten Kriterien zu selektieren und die Adressen unserer Mitglieder über SWISSFIRMS zu erwerben. Zudem bietet SWISSFIRMS diverse Dienstleistungen an, welche

ausschliesslich Handelskammermitgliedern vorbehalten sind.

An der Jahresversammlung der **Permanente Konferenz der italienisch-schweizerischen Grenzzonenhandelskammern** wurden wiederum diverse Resolutionen zu grenzüberschreitenden Problemen und Anliegen verabschiedet. Im Mittelpunkt des Anlasses standen Referate und eine Podiumsdiskussion zum Thema «Sinergie e potenzialità degli aeroporti minori in rapporto a Malpensa – il sistema aeroportuale dell'area alpina italo/svizzera».

Auch dieses Jahr wurde der Verein **Marke «graubünden»** unterstützt. Mit dem geleisteten finanziellen Beitrag wird sämtlichen Mitgliedfirmen ermöglicht, die Marke «graubünden» im reglementarisch vorgesehenen Rahmen unentgeltlich zu benutzen.

Im Mittelpunkt der gut besuchten **Generalversammlung** vom 13. November 2007 stand ein Referat von Herr Nationalrat Gerold Bühler, Präsident *economiesuisse*, zum Thema «Schweizer Wirtschaft: Chancen und Herausforderungen in der globalisierten Welt von morgen». Am anschliessenden Wirtschaftsapéro bot sich unseren Mitgliedern und den geladenen Gästen die Möglichkeit zum ungezwungenen Meinungsaustausch und zur Kontaktpflege.

Unter dem Vorsitz von Präsident Ludwig Locher ist der **Vorstand** zu drei

Sitzungen zusammengetreten. Zu verschiedenen Sachgeschäften wurden Kommissionssitzungen abgehalten. Zudem haben verschiedene Vorstandsmitglieder auch in ad hoc gebildeten Arbeitsgruppen mitgearbeitet und in den Gremien diverser Organisationen Einsitz genommen.

Eine **Mutation im Vorstand** ergab sich durch die Demission von Elio Baffioni. Durch die Generalversammlung wurde der bisher kooptierte Christoph Caprez gewählt.

Für die **Nationalratswahlen** wurden die Kandidaten Jürg Michel, Tarzisius Caviezel, Bruno Claus, Rolf Hanimann, Christian Rathgeb, Thomas Hess (FDP), Sepp Cathomas, Hans Geisseler, Walter Zegg (CVP) und Brigitta Gadiant, Hansjörg Hassler, Barbara Janom Steiner, Jon Domenic Parolini (SVP) unterstützt. Gewählt wurden Brigitta M. Gadiant (SVP), Hansjörg Hassler (SVP), Andrea Hämmerle (SP), Sepp Cathomas (CVP) und Tarzisius Caviezel (FDP).

Bei den **Ständeratswahlen** wurden die beiden bisherigen Christoffel Brändli (SVP) und Theo Maissen (CVP) mit Unterstützung der Wirtschaft wiedergewählt.

# Bericht der AHV-Ausgleichskasse für Gewerbe, Handel und Industrie in Graubünden/Glarus

Unter dem Vorsitz von Präsident Ludwig Locher trat der Kassenvorstand am 27. April 2007 im Hotel Stern in Chur zu seiner ordentlichen Jahresversammlung zusammen. Darin behandelte und genehmigte er wie gewohnt die Jahresrechnung 2006, das Budget 2007 sowie den Jahresbericht 2006.

Da sich der Gewinn unserer Ausgleichskasse weiterhin erfreulich entwickelt, konnte die Rückvergütung auf den fakturierten Verwaltungskosten des Vorjahres auf 55 % belassen werden. Der insgesamt zurückerstattete Betrag übersteigt damit bereits Fr. 540'000.00.

## Beitragswesen

Im Berichtsjahr 2007 sind von unseren Mitgliedern insgesamt Fr. 80'057'708.15 an Beiträgen für die AHV- IV- und EO-Versicherungen abgerechnet worden. Davon entfallen Fr. 5'364'487.15 auf Beiträge der Selbständigerwerbenden. Die Beiträge haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 11,27 % oder um Fr. 8'415'170.35 erhöht. Diese ausserordentlich grosse Steigerung ist vor allem auf einen erhöhten Mitgliederbestand sowie auf höhere Lohnsummen der bisherigen Mitgliedfirmen zurückzuführen.

Abschreiben und herabsetzen mussten wir Lohnbeiträge in der Höhe von Fr. 297'594.85.

## Arbeitslosenversicherung

Die Beitragsabgaben für die Arbeitslosenversicherung haben sich im 2007 um Fr. 1'228'469.45 auf Fr. 13'391'224.05 oder um 10,10 % erhöht.

ALV-Beiträge mussten wir Fr. 14'230.80 abschreiben.

## AHV-Renten

Im Jahr 2007 haben sich die Auszahlungen für ordentliche AHV-Altersrenten auf Fr. 59'487'908.00 oder um Fr. 1'349'721.00 erhöht. Hauptgrund für diese Mehrbelastung ist die allgemeine Anpassung der Renten an die Preisentwicklung auf 1. Januar 2007 (plus 2,8 %).

Unser Aufwand an AHV-Hilflosenentschädigungen ist im letzten Jahr um Fr. 26'329.00 gesunken. Insgesamt haben wir noch Fr. 595'476.00 aufgewendet.

## IV-Renten

Für ordentliche Invaliden-Renten haben wir im vergangenen Jahr Fr. 6'909'698.00 aufgewendet, das ist im Jahresvergleich Fr. 417'157.00 mehr als im Vorjahr. Diese Erhöhung

der Ausgaben um 6,43 % liegt vor allem daran, dass in der Vorbereitung auf die 5. IV-Revision weniger Rentenentscheide gefällt und die Verfahren zur Erlangung einer IV-Rente gestrafft wurden. Grössere Nachzahlungen im Folgejahr waren die Konsequenz davon.

Ausserordentliche IV-Renten konnten wir Fr. 13'260.00 vergüten.

Als Aufwand für IV-Hilflosenentschädigungen haben wir Fr. 154'568.00 verbucht.

IV-Taggelder konnten wir im vergangenen Rechnungsjahr Fr. 713'989.65 auszahlen, was einer Zunahme um Fr. 138'617.05 entspricht. Da aufgrund der 5. IVG-Revision mehr Abklärungen und Umschulungen nötig sein werden, wird sich in Zukunft auch die Zahl der Taggeldbezüger erhöhen.

## Leistungen der Erwerbsersatzordnung (EO)

### *Erwerbsersatz im Militärdienst, Zivilschutz, Jugend + Sport*

Die Fix- und Grenzbeträge der Erwerbsersatzordnung wurden für die Wehr- und Zivilschutzpflichtigen letztmals auf den 1. Juli 2005 erhöht.

Da im vergangenen Jahr mehr Diensttage als im Vorjahr abgerechnet wurden, betrug der Aufwand für Ent-

schädigungen Fr. 3'206'390.45. (plus Fr. 318'173.93 resp. 11,02 %).

Zusätzlich zu den EO-Entschädigungen musste der AHV-Fonds Beitragsanteile in der Höhe von Fr. 191'555.25 ausgleichen. (Arbeitgeberanteile).

### **Mutterschaftsentschädigung**

Auf den 1. Juli 2005 wurde die Mutterschaftsentschädigung eingeführt. Anspruch haben Frauen, die im Zeitpunkt der Geburt des Kindes Arbeitnehmerin oder SE sind oder die arbeitslos sind und ein Taggeld beziehen (könnten) oder die wegen Krankheit resp. Unfall arbeitsunfähig sind. Zudem bedingt eine Auszahlung, dass die Mutter während der neun Monate Schwangerschaft obligatorisch versichert war und mindestens fünf Monate lang eine Erwerbstätigkeit ausgeübt hat. Die Entschädigung beträgt während 98 Tagen (14 Wochen) 80 % des vor der Niederkunft erzielten Erwerbseinkommens. (höchstens Fr. 172.00 pro Tag)

Während des Jahres 2007 haben wir an 71 Personen Leistungen in der Höhe von Fr. 753'658.00 ausgerichtet. (minus Fr. 11'596.73).

Zusätzlich musste der AHV-Fonds Beitragsanteile in der Höhe von Fr. 45'024.80 ausgleichen.

### **Kantonale Familienausgleichskasse Graubünden**

Auf den 1. Januar 2007 sind die allgemeinen Kinderzulagen von Fr. 185.00 pro Kind und Monat auf Fr. 195.00 und für in Ausbildung befindliche Jugendliche ab dem 16. Altersjahr von Fr. 210.00 auf Fr. 220.00 erhöht wor-

den. Der Beitragsansatz beträgt seit dem 1.1.2004 1,8 % der AHV-pflichtigen Lohnsumme.

Vom 1.1. bis 31.12.2007 haben unsere Mitglieder Fr. 12'248'773.05 an Beiträgen abgerechnet, das sind Fr. 1'308'864.20 mehr als im Vorjahr. (plus 11,96 %). An Leistungen haben wir Fr. 11'726'964.35 vergütet oder Fr. 1'105'071.40 mehr als im Jahr zuvor. (plus 10,40 %).

### **Kantonale Familienausgleichskasse Glarus**

Seit dem 1. Januar 2001 führen wir auch eine Abrechnungsstelle der kantonalen Familienausgleichskasse des Kantons Glarus.

Die Kinderzulagen betragen ab 1. 1. 2004 pro Kind und Monat für alle Kinder Fr. 170.00. Zur Finanzierung wird ein Beitragssatz von 1,9 % der AHV-pflichtigen Lohnsumme erhoben.

Im vergangenen Jahr haben unsere Mitglieder Fr. 778'098.60 an Beiträgen abgerechnet. (plus 4,99 %).

Leistungen konnten wir Fr. 732'187.80 vergüten (plus 3,85 %).

### **Verwaltungskostenbeiträge**

Im vergangenen Rechnungsjahr 2007 konnten wir einen Gewinn von Fr. 66'969.95 erzielen. Dabei ist berücksichtigt, dass wir unseren Mitgliedern wiederum eine Rückvergütung in der Höhe von 55 % auf den im Jahr 2006 belasteten Verwaltungskosten gewähren konnten.

Der Gewinn ist vor allem auf höhere Einnahmen bei den Verwaltungskosten und Gebühren zurückzuführen.

# VERBANDSRECHNUNG 2007

## Bilanz

Konto	Bilanz per 31.12. 2007		Bilanz per 31.12. 2006		Abweichungen
	Aktiven	Passiven	Aktiven	Passiven	
1000 Kassa	486.80		646.90		-160.10
1010 PC Chur	110 253.56		112 960.87		-2 707.31
1020 GKB Chur Sparkonto	27 150.19		25 707.99		1 442.20
1025 UBS Chur Sparkonto	13 300.19		13 253.54		46.65
1040 GKB Chur	6 357.30		49 474.00		-43 116.70
1045 CS Chur Sparkonto	1 030.32		1 024.34		5.98
1050 Wertschriften	162 958.00		66 268.00		96 690.00
1052 Debitoren	54 764.44		37 465.54		17 298.90
1055 Trans. Aktiven	105.65		635.00		-529.35
1060 ESTV Bern, Vst.	1 125.50		1 356.95		-231.45
1070 Bücher	1.00		1.00		0.00
1080 Qualitätsschutzmarke	1.00		1.00		0.00
2000 Kreditoren		22 815.00		24 799.60	-1 984.60
2050 Rückstellungen		50 000.00		50 000.00	0.00
2090 Trans. Passiven		0.00		1 000.00	-1 000.00
<b>2100 Verbandskapital</b>		<b>304 718.95</b>		<b>232 995.53</b>	<b>71 723.42</b>
Total	377 533.95	377 533.95	308 795.13	308 795.13	

## Verwaltungsrechnung

Konto	01. 01. – 31.12. 07		01. 01. – 31.12. 06		Abweichungen
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	
<b>Verbandserträge</b>					
3000 Mitgliederbeiträge		118 728.00		110 820.00	7 908.00
3010 Beglaubigungen		111 132.20		90 464.90	20 667.30
3050 Sekretariatsentschädigung		19 400.00		19 400.00	0.00
3100 Diverse Einnahmen		1 052.69		1 791.27	-738.58
<b>Verwaltungskosten</b>					
5000 Saläre	75 204.00		76 478.00		-1 274.00
5070 Sozialkosten	19 291.15		19 538.55		-247.40
6000 Büromiete	3 600.00		3 600.00		0.00
6500 Büromaterial/Drucksachen	17 450.50		16 947.25		503.25
6510 Porti, Telefon	6 188.70		7 374.65		-1 185.95
6520 Abonnemente	2 534.65		2 065.55		469.10
6599 Steuern	996.00		1 224.00		-228.00
<b>Werbung/Repräsentation</b>					
6600 Inserate und Werbung	5 684.30		9 145.40		-3 461.10
6620 Beiträge	24 945.05		29 459.20		-4 514.15
6660 Sitzungs-/Reisespesen	7 367.70		4 836.55		2 531.15
6670 Veranstaltungen	7 963.85		8 249.45		-285.60
6700 Diverse Ausgaben	8 941.85		4 578.30		4 363.55
<b>Finanzerfolg</b>					
6800 PC-/Bankspesen	1 634.20		554.28		1 079.92
6850 Zinsertrag		3 222.48		4 116.34	-893.86
<b>Ergebnis 2007</b>	<b>71 723.42</b>		<b>42 541.33</b>		<b>29 182.09</b>
Total	253 525.37	253 535.37	226 592.51	226 592.51	

# Revisorenbericht 2007

## **Bericht der Revisionsstelle an die Mitgliederversammlung der Handelskammer und Arbeitgeberverband GR, 7000 Chur**

---

Als Rechnungsrevisoren haben wir die Buchführung und die Jahresrechnung (Bilanz und Verwaltungsrechnung) der Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden, 7000 Chur, für das am **31. Dezember 2007** abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Schweizer Prüfungsstandards, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Jahresrechnung dem schweizerischen Gesetz und den Statuten.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Chur, 23. Juni 2008

### **Die Rechnungsrevisoren:**

  
Beda Capol  
Dipl. Wirtschaftsprüfer

  
André Thomas

Beilage:

- Jahresrechnung 2007  
(Bilanz und Verwaltungsrechnung)

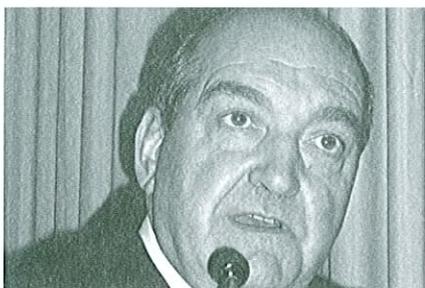
# Verbandsorganisation 2007



## VORSTAND

### EHRENMITGLIEDER

von Sprecher Theophil, Dr. iur., Maienfeld	seit 1966
Campell Chasper, Dr. oec., Sils i. D.	seit 1987
Otto Beck, Zizers	seit 1990



### VON DER GENERALVERSAMMLUNG GEWÄHLT

#### a) Präsidium

Locher Ludwig, Ems Chemie AG, Domat/Ems, Präsident	seit 1993
von Navarini Elsbeth, Unternehmensberatung, Chur, Vizepräsidentin	seit 1995
Jeker Leo, Savognin Bergbahnen AG, Landquart, Vizepräsident	seit 1987

#### b) Mitglieder

Attinger Bruno, Dr. med. dent., Chur	seit 2000
Baffioni Elio, deep AG, Chur	seit 1998
Belloli Edy, Ferriere Belloli SA, Grono	seit 1987
Benz Hansruedi, Fleischtrocknerei Churwalden AG, Churwalden	seit 2002
Bontognali Livio, Coop Ostschweiz, Gossau	seit 1997
Heiz Karl, Rätia Energie AG, Poschiavo	seit 1993
Lebrument Hanspeter, Südostschweiz Mediengruppe AG, Chur	seit 1996
Monsch Rico, Graubündner Kantonalbank, Chur	seit 1995
Schnoz Christian, Schnoz AG, Disentis	seit 1987
Strolz Peter, Strolz Mechanik, Fideris	seit 2000
Wyssling Josef, KMU Strategie, Chur	seit 1993
Züllig Andreas, Hotel Schweizerhof, Lenzerheide	seit 2000



### VOM VORSTAND GEWÄHLT

Berger Stefan, J. Berger AG, Sägerei und Hobelwerk, Seewis-Pardisla	seit 2004
Caprez Christoph, Frostag Food Centrum AG, Landquart	seit 2002
Dudli Heinz, Toscano AG, Chur	seit 2005
Müller Reto, Caviezel AG, Davos	seit 2006
Truffer Pius, Hotel Therme Vals, Vals	seit 2007
Wieland Andreas, Hamilton Bonaduz AG, Bonaduz	seit 2004

## KOMMISSIONEN

### VEU (Verkehr, Energie und Umwelt)

Belloli Edy, Heiz Karl, Jeker Leo, Locher Ludwig

### ASBIK (Arbeit, Soziales, Bildung, Kommunikation)

Dr. Attinger Bruno, Baffioni Elio, Bontognali Livio

### TOURBO (Tourismus, Boden, Planung, Land- und Forstwirtschaft)

Baffioni Elio, Müller Reto, Jeker Leo, Monsch Rico, Schnoz Christian

### FIWIS (Finanzen, Wirtschaft, Steuern)

Dr. Attinger Bruno, Heiz Karl, Locher Ludwig, von Navarini Elsbeth,  
Wyssling Josef



## RECHNUNGSREVISOREN

### Ordentliche Mitglieder

Beda Capol, Capol, Nold & Partner AG, Chur seit 2002

André Thomas, Müntener & Thomas Personal-  
und Unternehmensberatung AG, Chur seit 2002

### Stellvertreter

Marc Eckold, Eckold AG, Trimmis seit 2002

## SEKRETARIAT

### Sekretär

Marco Ettisberger, Dr. iur., Rechtsanwalt und Notar, Chur seit 1985

### Beglaubigungsdienst

Claudia Bulach, Malix

Sinaida Schlegel-Foresta, Chur

Marina Joos, Untervaz

## DELEGATIONEN

### **Ausgleichskasse Gewerbe, Handel und Industrie**

Ludwig Locher, Dr. iur. Marco Ettisberger,  
Ausschuss; Leo Jeker, Jürg Poppel, Christian Schnoz, Mitglieder

### **Interessengemeinschaft Tourismus Graubünden (ITG)**

Leo Jeker, Präsident



### **Kreisprüfungskommission Graubünden**

Dr. iur. Marco Ettisberger, Präsident; Beatrice-Manuela Eberle (Manor)

### **Schulrat Kaufmännische Berufsschule Chur**

Dr. iur. Marco Ettisberger, Elvira Knecht (GKB), Dr. med. dent. Christoph Loher  
(Graubündner Zahnärztesgesellschaft)



### **Interessengemeinschaft kaufmännische Grundausbildung Graubünden (IGKG)**

Dr. iur. Marco Ettisberger, Präsident

### **Stiftungsrat Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW)**

Ludwig Locher, Präsident, Hanspeter Lebrument

### **Vorstand Förderverein Hochschule für Wirtschaft und Tourismus (HTW)**

Ludwig Locher

### **Institut für berufliche Weiterbildung (IBW)**

Peter Scherrer (Büro für Informatik, Planung und Projektierung)

### **Fachbeirat KMU-Zentrum**

Dr. iur. Marco Ettisberger

### **Steering-Committee E-Tower**

Rico Monsch, Dr. iur. Marco Ettisberger

### **Programmkommission Radio Grischa, Radio Piz und Tele Südostschweiz**

Leo Jeker

### **Tripartite Kommission für flankierende Massnahmen**

Daniel Waldvogel (Ems Chemie AG)

**Koordinationsgremium für die KMU-Politik**

Christoph Caprez

**Kantonales Einigungsamt**

Dr. iur. Marco Ettisberger

**Redaktion «Puls»**

Dr. iur. Marco Ettisberger

**Markenrat «Marke Graubünden»**

Dr. iur. Marco Ettisberger, Christian Morf (Ems Chemie AG)

**Arbeitsgruppe «Update» Wirtschaftsleitbild Graubünden**

Dr. iur. Marco Ettisberger

**Arbeitsgruppe Wettbewerbsfähige Tourismusstrukturen**

Dr. iur. Marco Ettisberger

**Wirtschaftsforum Graubünden**

Karl Heiz, Leo Jeker, Hanspeter Lebrument, Ludwig Locher, Elsbeth von Navarini

**Internationale Regierungskommission «Alpenrhein»**

Leo Jeker



